

Stand: 23.02.2026 02:39:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25681

"Kein Wirtschaftswunder ohne "Gastarbeiter" - kein zukünftiger Wohlstand ohne Zuwanderung von Fachkräften!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25681 vom 13.12.2022
2. Beschluss des Plenums 18/25782 vom 15.12.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 132 vom 15.12.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Kein Wirtschaftswunder ohne „Gastarbeiter“ – kein zukünftiger Wohlstand ohne Zuwanderung von Fachkräften!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag dankt den Menschen, die in den vergangenen rund 70 Jahren seit dem ersten Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und Italien vom 20. Dezember 1955 als Arbeitnehmer und Fachkräfte aus dem Ausland zu uns gekommen sind. Sie haben maßgeblich Anteil am heutigen wirtschaftlichen Erfolg, an der sozialen Sicherheit und am gesellschaftlichen Wohlstand Bayerns.

Der Landtag spricht allen Menschen seinen Respekt aus, die ihre Heimat verlassen und sich durch harte Arbeit in Bayern eine Existenz aufgebaut haben, die gesellschaftliche Verantwortung im Ehrenamt übernehmen, und die in Bayern ihre Zukunft für sich und ihre Familien sehen. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft.

Der Landtag begrüßt den von der Bundesregierung eingeleiteten Aufbruch und Neustart in der Zuwanderungs- und Einbürgerungspolitik als Voraussetzung für den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg im Freistaat.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die zuwanderungs- und integrationspolitischen Gesetzesvorhaben in der Sitzung des Bundesrates am 16. Dezember 2022 zu unterstützen und alles für einen guten und reibungslosen Vollzug der Gesetze im Freistaat zu tun.

Begründung:

Die neue Zuwanderungs- und Einbürgerungspolitik der Bundesregierung drückt nicht nur den Respekt vor den Leistungen und der harten Arbeit der seit Mitte der 1950er Jahre zugewanderten sogenannten Gastarbeiter und Fachkräfte aus. Ohne sie wäre weder das Wirtschaftswunder noch unser heutiger Wohlstand in Deutschland und Bayern denkbar.

Die Bundesregierung schafft durch verbesserte Möglichkeiten der Zuwanderung und der Einbürgerung auch die Grundlagen für zukünftigen Wohlstand. Ohne Fachkräfte, ohne genügend gute Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es weder Wirtschaftswachstum noch wirtschaftliche Wertschöpfung.

Unser zukünftiger Wohlstand ist aber gefährdet durch einen sich verschärfenden Fachkräftemangel. Zuwanderung ist eine wichtige Maßnahme zur Behebung dieses Problems, wenn auch sicherlich nicht die einzige. Fachkräftezuwanderung ist aber unverzichtbar, wenn wir unsere wirtschaftliche Erfolgsgeschichte fortschreiben wollen. Genau wie schon in der Zeit des Wirtschaftswunders.

Ausländische Fachkräfte pflegen darüber hinaus heute schon in zahllosen Einrichtungen unsere Kranken und kümmern sich um unsere Alten. Unsere Krankenhäuser und Pflegeheime würden ohne sie nicht funktionieren – genauso wenig wie viele andere unverzichtbare Teile von Wirtschaft, Sozialstaat und Gesellschaft.

Die Gesetze und Initiativen der Bundesregierung, die in diesen Tagen durch den Bundestag und den Bundesrat beraten werden, drücken Respekt und Wertschätzung gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte aus. Sie haben es durch ihre harte Arbeit, ihren Fleiß und ihre Leistungen verdient.

Mit der Regelung des § 81a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) wurde als sogenanntes Herzstück der Neuregelungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren (Fast-Track-Verfahren) eingeführt. Während und nicht zuletzt wegen der Coronapandemie ist die Implementierung des neuen Verfahrens ins Stocken geraten. Daher muss die Staatsregierung – wie auch der Bund dies tut – ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens nach § 81a AufenthG legen. Dabei sollen insbesondere Optimierungsmöglichkeiten geprüft werden.

Unsere demokratischen Werte gebieten es, allen Menschen mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht auch die größtmögliche rechtliche, politische und damit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Einbürgerung der Menschen ist dafür die beste Möglichkeit. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Menschen, die schon länger in Deutschland leben, sollte von der Staatsregierung unterstützt werden.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll das Chancen-Aufenthaltsrecht gut integrierten Ausländern eine Perspektive bieten, die schon mehrere Jahre ohne gesicherten Status in Bayern leben. Wer zum Stichtag 31. Oktober 2022 fünf Jahre im Land lebt und nicht straffällig geworden ist, soll 18 Monate Zeit bekommen, um die Voraussetzungen für einen langfristigen Aufenthalt zu erfüllen – dazu gehören etwa Deutschkenntnisse und die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts.

Die Staatsregierung muss außerdem – wie dies auch der Bund tut – im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten Einwanderungsverfahren in Bayern familienfreundlicher umsetzen. Nur wenn eingewanderte Fachkräfte und ihre Familien sich in Bayern willkommen fühlen und miteinander Familienmitglieder ihr Leben in Bayern gestalten können, werden sie sich entscheiden, dauerhaft zu bleiben.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/25681

Kein Wirtschaftswunder ohne „Gastarbeiter“ – kein zukünftiger Wohlstand ohne Zuwanderung von Fachkräften!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Florian von Brunn

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Uli Henkel

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Martin Hagen

Abg. Christian Klingen

Staatsminister Joachim Herrmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Tasdelen, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Kein Wirtschaftswunder ohne "Gastarbeiter" - kein zukünftiger Wohlstand ohne Zuwanderung von Fachkräften! (Drs. 18/25681)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Florian von Brunn, das Wort.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir beenden jetzt die Morgengespräche. Herr von Brunn hat das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Am 20. Dezember jährt sich zum 67. Mal das erste Anwerbeabkommen für die sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus dem Jahr 1955, damals mit Italien. Im letzten Jahr haben wir das Jubiläum für das Anwerbeabkommen mit der Türkei gefeiert. Damals, Anfang der 1970er-Jahre, kam auch ein Maurer aus Anatolien nach Bayreuth, nach Oberfranken. Er hat dort bei einem Marktführer, bei einer bekannten Firma gearbeitet, die bis heute Garagen herstellt.

Solche Menschen wie dieser Maurer aus Anatolien haben ganz wesentlich dazu beigetragen, dass wir heute diesen Wohlstand haben, den wir erleben. Sie haben ganz wesentlich – da sind sich Wirtschaftshistoriker einig – zum deutschen Wirtschaftswunder beigetragen. Ohne die sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter wäre dieses Wirtschaftswunder nicht möglich gewesen.

Damals wie heute hat Deutschland einen großen Bedarf an Arbeitskräften, an Fachkräften. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch unser zukünftiger Wohlstand hängt mitunter ganz entscheidend von Zuwanderung ab; nicht nur von Zuwanderung, aber eben auch von Zuwanderung. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sagt voraus, dass bis 2035 in Deutschland sieben Millionen Fachkräfte fehlen werden.

Boston Consulting ist zu dem Ergebnis gekommen, dass wir schon jetzt jedes Jahr 86 Milliarden Euro Verlust an wirtschaftlicher Wertschöpfung durch fehlende Fachkräfte erleiden. Wo fehlen sie? – Sie fehlen nicht nur in Handwerk und Industrie. Sie fehlen uns auch im Sozialstaat, in der Bildung, zum Beispiel in der Pflege. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was würde noch in unseren Krankenhäusern, in unseren Pflegeheimen funktionieren, wenn wir nicht Pflegekräfte aus anderen Ländern hätten, aus den Ländern des Maghreb, aus osteuropäischen Ländern und aus vielen anderen europäischen Ländern?

Deswegen ist es so wichtig, dass wir eben auch die Fachkräftezuwanderung organisieren und dass wir vor allem auch – und das will ich unterstreichen – dafür sorgen, dass diese Menschen auch bei uns bleiben, indem wir anständig mit ihnen umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Noch mal zurück zu dem Beispiel des Maurers aus Anatolien: Er hat Anfang der 1980er-Jahre seine Familie nach Deutschland nachgeholt, bis auf seinen ältesten, 16-jährigen Sohn, der nicht kommen durfte. Er musste alleine bei den Großeltern bleiben. Das war ein Verlust, eine große Trauer für die Familie und natürlich auch für ihn. Darunter hat er sehr gelitten, aber darunter hat auch sein Bruder sehr gelitten, unser Landtagskollege, mein Freund Arif Taşdelen.

(Beifall bei der SPD)

Was lernen wir daraus? – Es gibt viel daraus zu lernen. Es gibt viel zu tun; nicht nur bezüglich der Fachkräftezuwanderung, die wir organisieren müssen. Da ist die Bun-

desregierung dran. Es geht also um Wirtschaftspolitik. Verehrte Damen und Herren, es geht aber auch um Menschlichkeit, um Anerkennung, um Respekt und darum, dass wir denen, die zu uns gekommen sind, hier hart gearbeitet haben und unseren Wohlstand mitbegründet haben, dafür auch Dankeschön sagen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Veranstaltung im letzten Jahr zum Jubiläum des Anwerbeabkommens mit der Türkei ist ein Zitat gefallen. Ich weiß nicht genau, wer es gesagt hat, aber ich finde es sehr richtig. Es bezog sich auf das Wort Gastarbeiter und auf das, was die Bundesregierung jetzt angeht, nämlich die Frage der Einbürgerung und des Aufenthaltsrechts. Das Zitat lautet: Wer das gemeinsame Haus mitgebaut hat, ist doch kein Gast.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Damen und Herren, wir brauchen einen Aufbruch und einen Neustart in der Zuwanderungs- und Einbürgerungspolitik. Das ist unglaublich wichtig. Es ist wichtig aus Fragen der Menschlichkeit, aber es ist auch wichtig aus Fragen der wirtschaftlichen Vernunft.

Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Karl Straub von der CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir müssen uns bei den Gastarbeitern bedanken. Wer möchte diese Leute heute noch missen? – Sie haben außer ihrer Arbeitskraft kulturelle Vielfalt ins Land gebracht. Sie sind zu Freunden geworden. Wer möchte den Italiener, den Griechen, den Chinesen um die Ecke missen? Viele sind inzwischen deutsche Staatsbürger geworden.

Ich sehe allerdings einen Unterschied zu damals. Wir haben damals sehr gezielt Gastarbeiter angeworben, die inzwischen keine Gäste mehr sind, sondern tatsächlich Freunde geworden sind. Bei Ihrer momentanen Politik fehlt mir das gezielte Anwerben. Sie vermischen Arbeitsmigration und Asylpolitik. Ich unterstreiche hier – Sie haben die Zahlen genannt –, dass wir Arbeitsmigration brauchen. Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Aber ich glaube, was wir nicht brauchen, ist eine Vermischung von Asylpolitik und Migrationspolitik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich gibt es auch unter Asylbewerbern, sogar auch unter abgelehnten Asylbewerbern Leute, die sich über die Jahre hervorragend in die Gesellschaft integriert haben, die inzwischen wichtige Arbeitskräfte für unsere Handwerker geworden sind. Ich glaube, dies betrifft einen kleinen Teil Ihres Chancen-Aufenthaltsrechtes; über diesen Teil sind wir durchaus gesprächsbereit. Sehen wir uns aber Ihre anderen Konzepte an. Ich glaube, Sie unterschätzen die Anforderungen unseres Arbeitsmarktes. Ich möchte wirklich sehr sachlich bleiben. Ich denke dabei an meine eigene praktische Erfahrung. Innerhalb der EU haben wir Freizügigkeit. Sogar innerhalb der EU ist es sehr, sehr schwierig, Fachkräfte anzuwerben. Dies scheitert teilweise an Qualifikationsstandards, teilweise aber auch an kulturellen Unterschieden. Es gibt durchaus Leute, die nicht bereit sind, bei uns zu bleiben.

Ich appelliere, in Deutschland die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft insgesamt wieder zu verbessern, um für Arbeitskräfte von außerhalb wieder attraktiv zu sein. Dazu gehören auch Energiekosten, die sich in Grenzen halten; dazu gehört auch das klare Bekenntnis zur Industrialisierung. Ich bitte die Ampel-Koalitionäre, daran auch zu arbeiten. Wenn ich die momentane Energiepolitik betrachte, weiß ich nicht, ob es derzeit so attraktiv ist, von außen nach Deutschland zu kommen.

Mein Bekenntnis ist ganz klar: Wir brauchen Migration, wir brauchen qualifizierte Arbeitsmigration. Ich glaube aber, dass es sich die Ampel momentan zu leicht macht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eine sehr gezielte, sehr zielorientierte Politik ist notwendig. Ich weiß: Die Wirtschaft fragt nach Fachkräften, aber sie fragt eben auch nach Qualifikation. Lasst uns in einen Diskurs eintreten. Wir haben momentan Zuwanderungsmöglichkeiten; diese kann man eventuell verbessern.

Sie fordern in Ihrem Antrag ganz konkret, Herr von Brunn, dass wir Ihren Vorhaben, die Sie momentan in Berlin planen, im Bundesrat zustimmen. Zum Staatsbürgerrecht haben Sie noch gar nichts eingebracht. Wir machen dazu eine ganz klare Aussage: Erst integrieren, arbeiten, sich in das Land einfinden, dann Staatsbürger werden.

Beim Chancen-Aufenthaltsrecht sehe ich noch erheblichen Nachbesserungsbedarf, um ihm im Bundesrat zustimmen zu können. Deswegen werden wir den Antrag hier ablehnen, obwohl der Grundtenor Ihres Antrages sicherlich nicht ganz verkehrt ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege von Brunn gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Herr Straub, zwei Sachen dazu, weil Sie so einfach gesagt haben, dass Asylpolitik und Zuwanderungspolitik vermischt würden. Als Erstes zur Zuwanderungspolitik: Wenn Sie mit den Leuten sprechen, die verantwortliche Positionen im Pflegebereich haben, dann sagen sie: Nirgendwo dauert die Berufsankennung so lange wie in Bayern. An dieses Problem können Sie selbst herangehen und es in der Verwaltung lösen.

Ein zweiter Punkt, weil ich den Innenminister hier sehe: Wie kann es sein, dass Geflüchtete, die hier eine Ausbildung machen, wie zum Beispiel ein junger Nigerianer, der im letzten Jahr seine Ausbildung zum Altenpflegehelfer abgeschlossen hat, dann aufs Landratsamt gehen wollte, weil ihm signalisiert worden war, dass er eine Arbeits-erlaubnis bekommt, ihm jetzt aber der Abschiebungsbescheid zugestellt worden ist –

ich glaube, er sitzt sogar in Abschiebehaft –, keine Aufenthaltserlaubnis erhalten? Wie ist diese Politik, die in Bayern von Ihnen leider gemacht wird, mit Ihren Ausführungen in Einklang zu bringen?

(Beifall bei der SPD)

Karl Straub (CSU): Ich habe Erfahrungen aus dem Petitionsausschuss. Im Falle des Altenpflegehelfers müsste ich tatsächlich zunächst die Akte lesen. Ich kenne die Hintergründe nicht. Dass die Altenpflegeausbildung nicht von der 3-plus-2-Regelung erfasst ist, wurde meines Wissens in Berlin entschieden, nämlich gemeinsam von CDU, CSU und SPD. Sie waren also auch mit dabei.

(Zuruf der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

– Frau Hiersemann, wir haben öfter darüber gesprochen.

(Zuruf der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

– Es war tatsächlich so: Das Fachkräftezuwanderungsgesetz ist in Berlin beschlossen worden. Die Ausbildung zum Altenpfleger in einer Schule ist von der 3-plus-2-Regelung nicht erfasst worden.

(Zuruf der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

Ich habe darauf keinen Einfluss gehabt.

Wie gesagt: Ich kenne die Akte des Nigerianers, der jetzt angeblich in Abschiebehaft sitzt, nicht; dazu kann ich nichts weiter sagen. Dass wir in Deutschland Pfleger brauchen, ist absolut unbestritten. Ich meine, wenn sich der Mann ordentlich verhalten hat, wird man für ihn sicherlich auch eine Lösung innerhalb Bayerns finden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Gülseren Demirel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Max Frisch hat gesagt – das ist eigentlich ein sehr netter Einstieg –: "Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen". – Einer davon war mein Vater, der nach Deutschland kam. Warum hat Max Frisch gesagt: "Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen"? – Weil man damals einfach nur den Arbeitskräftebedarf gesehen hat und es alleine der Wirtschaft überlassen hat, diese Arbeitskräfte nach Bedarf zu holen, aber überhaupt nicht daran gedacht hat, dass diese Menschen Sprache brauchen, Orientierung brauchen, Unterstützung in ihrem Lebensalltag brauchen und dass vor allen Dingen nachkommende Kinder und Familie im Bildungsbereich oder in der Kinderbetreuung genauso Unterstützung brauchen.

Wer hat das denn übernommen? – Man muss der Gesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land wirklich den Dank aussprechen, die viel im Ehrenamt, die mit viel persönlichem Engagement Initiativen aufgebaut haben, Hausaufgabenbetreuung aufgebaut haben und Sprachkurse aufgebaut haben, um diesen Menschen so etwas wie Integration zukommen zu lassen.

Gott sei Dank haben wir gelernt. Wir haben aus dieser Zeit gelernt und haben verstanden, dass wir, wenn Menschen kommen, auch Strukturen brauchen, damit sie in unserer Gesellschaft ankommen können, damit man ihnen hinterher nicht vorwerfen kann, dass sie sich der Integration verweigert haben. Dieses Paradoxon ist aufzulösen.

Wann ist das erst passiert? Erinnern Sie sich einmal! – Erst 2002 gab es durch die rot-grüne Bundesregierung einen Paradigmenwechsel. Wie entstand dieser? – Dadurch, dass sich Deutschland endlich dazu bekannt hat, dass es ein Einwanderungsland ist und dass ein Einwanderungsland Strukturen braucht. Damals hat man das Recht auf Integrationskurse ins Gesetz geschrieben, damit jeder, der nach Deutschland kommt, dieses Recht auch einfordern kann. Da hat man auch geklärt, wie mit beruflichen Anerkennungen umzugehen ist. Man hat sich also bewusst gemacht, dass Menschen, die zu uns kommen, nicht nur unter der Prämisse Arbeitskraft gesehen werden kön-

nen, sondern dass diese ein Teil unserer Gesellschaft werden wollen und dass der Staat dafür zuständig ist, ihnen diese Zugänge auch vorzuhalten.

Auch das Einbürgerungsrecht hat sich 2002 mit der rot-grünen Bundesregierung verändert – Stichwort: doppelte Staatsangehörigkeit. Dieses "Blut-und-Boden-Gesetz", das im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht festgeschrieben war, ist aufgehoben worden, und durch das Kriterium des Hier-geboren-seins und des Hier-aufgewachsen-seins wurde definiert, wer Bürger und Bürgerin dieses Landes sein darf und muss. Dieser Paradigmenwechsel ist erst 2002 mit der rot-grünen Regierung erfolgt. Das muss man sich immer wieder in Erinnerung rufen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Man nannte sie Gäste. Auch mein Vater war Gast. Meine Mutter, ich und mein Bruder sind nachgekommen.

Ferda Ataman, die Antidiskriminierungs-Beauftragte der Bundesregierung, sagt: "Wir sind doch keine Gäste in einem Haus, das wir selbst mitgebaut haben". Diese Aussage hat eine Logik. Wie kann ich Gast sein, wenn ich mich am Aufbau einer Gesellschaft beteilige? – Das war richtig und sinnvoll. Wenn wir zurückblicken, kann keiner von Ihnen – außer der rechten Ecke – behaupten, dass die Zuwanderung aus den Sechziger-, Siebziger-, oder Achtzigerjahren diesem Land geschadet hätte. Wir können es uns überhaupt nicht anders vorstellen.

Wir sind jetzt im Jahr 2022, und es gibt wieder eine neue Bundesregierung. Die neue Bundesregierung greift das Thema endlich wieder auf und sagt: Wir müssen uns als Einwanderungsland weiterentwickeln; die Zuwanderung tut uns gut. – Der Bericht des Sachverständigenrates, der gestern veröffentlicht worden ist, belegt, dass draußen die Integration derjenigen, die dazukommen, in die einheimische Gesellschaft funktioniert. Draußen ist das überhaupt kein großes Thema. Nur die bayerische Politik hat das leider bis heute noch nicht verstanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns diesen Dringlichkeitsantrag zum Anlass nehmen – ich werde nicht zu jedem Punkt Stellung beziehen, weil ich nicht so viel Redezeit habe –, lassen Sie uns die Diskussion, die wir seit einigen Wochen führen, zum Anlass nehmen, dass Bayern endlich eine Willkommenskultur ausstrahlt, damit Menschen Lust haben, zu uns zu kommen und uns ihr Fachwissen zur Verfügung zu stellen. Lassen Sie uns die Willkommenskultur in Bayern mit Leben und konkreten Maßnahmen füllen, damit die Menschen wissen, warum sie zu uns kommen wollen oder können. Daran sollten wir arbeiten; denn nur ein Lippenbekenntnis zum Einwanderungsland Bayern ist zu wenig. Das glaubt auch draußen mittlerweile kein Mensch mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Demirel, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Abgeordnete Uli Henkel von der AfD-Fraktion hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Uli Henkel (AfD): Frau Demirel, im Antrag geht es um die Zuwanderung von Fachkräften. Deshalb ist meine Frage an Sie ganz einfach: Warum setzen Sie nicht auf das Einwanderungsmodell nach kanadischem oder australischem Vorbild? Denn dort kommen die Fachkräfte.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist doch so. Sie kennen wohl den Fachkräftebeschluss der Bundesregierung nicht. Dort gibt es auch ein Punktesystem.

Uli Henkel (AfD): Das ist ein ganz anderes System.

(Beifall bei der AfD)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist aber so. Lesen Sie mal! Es geht nach Punkten: Welche Deutschkenntnisse bringe ich mit? Wie viel Landeswissen bringe ich mit? Welchen Beruf biete ich an? Wie ist die Notsituation in diesem Beruf? Es geht nach einem Punktesystem. Lesen bildet, Kollege Henkel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Fabian Mehring für die FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den vier Absätzen des Dringlichkeitsantrages, den die Sozialdemokratie heute ins Hohe Haus einbringt, schlagen in der Brust meiner FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion die sprichwörtlichen beiden Herzen. Wir können den beiden ersten Absätzen, die darin formuliert sind, uneingeschränkt, ungeteilt und aus voller Überzeugung zustimmen.

Natürlich ist es völlig richtig, dass das viel zitierte "German Wirtschaftswunder" und damit auch der Wohlstand, den wir heutzutage im Freistaat Bayern miteinander genießen dürfen, in vielerlei Hinsicht auf den Schultern derjenigen Menschen steht, die zu Hunderttausenden über die vielzähligen Anwerbeabkommen vom Balkan, aus der Türkei, aus dem Süden Europas zu uns gekommen sind, einen wertvollen Beitrag zum Aufschwung auch in Bayern geleistet haben. Deshalb liegt es mir zunächst am Herzen, den dafür adressierten Dank sowohl für diese arbeits- und volkswirtschaftliche Leistung als auch für die damit verbundene Integrationsleistung im Namen meiner Regierungsfraktion zu bestärken: Von Herzen vielen Dank für alles, was da auch für Bayern geleistet worden ist!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genauso richtig ist es – darin stimmen übrigens nicht nur wir als FREIE WÄHLER, sondern auch die CSU mit den bayerischen Industrie- und Handelskammern und mit der Wirtschaft im Freistaat Bayern überein –, dass unser zukünftiger Wohlstand davon abhängen wird, ob es uns jetzt wieder gelingt, für eine geeignete Art der qualifizierten Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt zu sorgen. Um zu illustrieren, dass das richtig ist, bedarf es keiner großen politischen oder volkswirtschaftlichen Kenntnisse. Dafür

genügen einfache Grundschulmathematik und ein Blick auf die Bevölkerungspyramide in Deutschland, auf den demografischen Wandel in unserem Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein klares Bekenntnis: Es wird entscheidend sein – übrigens nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Pflegesektor – für die Funktionsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern, dass es uns gelingt, in den nächsten Jahren wieder eine qualifizierte, gesteuerte und intelligent strukturierte Zuwanderung und Anwerbung in unseren Arbeitsmarkt zu organisieren.

Unser Konsens mit dem Antrag der SPD endet dann im dritten und vierten Absatz, wo Sie in die Lobhudelei für die Ampel-Regierung in Berlin ausarten und genau das tun, was auch die Ampel in Berlin zu Unrecht tut, nämlich Äpfel und Birnen in einen Topf zu werfen.

(Florian von Brunn (SPD): Wo? Herr Kollege, berechtigte Frage: Wo genau?)

Sie vermischen darin unzulässiger Weise die legale Erwerbsmigration mit einer ungesteuerten Asylumigration. Sie vermischen die Fachkräfte- und Arbeitskräfte-Einwanderung sogar mit dem Staatsangehörigkeitsrecht. Deshalb erlauben Sie mir, im Namen meiner Regierungsfraktion ganz deutlich festzuhalten: Es macht einen Unterschied, ob jemand in unser Land kommt, weil er hier einen Arbeitsplatz gefunden hat und aus freien Stücken und aus persönlicher Entscheidung an der Wirtschaft mitwirken möchte, oder ob jemand zu uns kommt – um die Menschen müssen und wollen wir uns genauso kümmern –, weil er zu Hause um Leib und Leben Sorge haben muss.

Meine Damen und Herren der SPD, Sie vermischen beides miteinander. Das wird nach der festen Überzeugung von uns FREIEN WÄHLERN insbesondere denen nicht gerecht, bei denen Sie sich heute bedanken wollen, insbesondere den Gastarbeitern in unserer Heimat.

Deshalb verwahren wir uns gegen diese Vermischung. Ich will das mit Blick auf die knapp bemessene Redezeit nur an einem Beispiel illustrieren: Bei dieser Vermischung

mit dem Staatsangehörigkeitsrecht muss ich mich immer wieder darüber wundern, dass solche Anträge bei Juristen wie Volkmar Halbleib oder Horst Arnold überhaupt durchgehen können. Es ist doch völlig klar, dass Gastarbeiter Gastarbeiter heißen, weil sie in unser Land kommen, um hier zunächst als Gäste zu arbeiten, und nicht, weil sie das Ziel verfolgen, am Ende des Tages eingebürgert zu werden.

(Lachen der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Den Zusammenhang, den Sie konstruieren, gibt es nicht.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Fabian!)

Deshalb sage ich ganz klar für unsere Regierungsfraktion: Ja, wir brauchen eine sinnvolle Perspektive auch für die Einbürgerung. Aber die Einbürgerung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht der erste, sondern der letzte Schritt von Integration.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb wird sich Bayern morgen im Bundesrat insbesondere zu den Tagesordnungspunkten 15 und 17 betreffend Chancen-Aufenthaltsrecht und Asylbeschleunigung mit Plenaranträgen dafür einsetzen, dass der Vermittlungsausschuss angerufen wird, damit es noch bessere Lösung für diese Fragen geben wird, dass das Alles-in-einen-Topf-schmeißen endet und wir zu guten Lösungen für eine gezielte Anwerbung in den Arbeitsmarkt kommen, ohne alles mit dem Asylrecht und dem Staatsangehörigkeitsrecht zu vermischen. Deshalb können wir leider Ihrem heutigen Antrag nicht zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Mehring, es gibt zwei Zwischenbemerkungen; die erste ist vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Kollege Mehring! Ich danke Ihnen zunächst einmal dafür, dass Sie das Ganze mit der Vermischung angesprochen haben. Das ist nämlich genau der Fehler, der in der ganzen Diskussion besteht.

(Johannes Becher (GRÜNE): Lob von der AfD!)

Wir von der AfD sind ganz klar für die Fachkräfte-Zuwanderung. Sie haben davon gesprochen, wieder für die Zukunft zu organisieren. – Ich weiß von einer konkreten Initiative aus dem Sozialsektor der Landeshauptstadt München bzw. des Caritasverbandes, Pflegekräfte von den Philippinen anzuwerben. Die Menschen von den Philippinen würden dort eine Pflegeausbildung absolvieren. Es wird von einem Potenzial von 200.000 Arbeitskräften gesprochen. Ich frage Sie konkret: Wie würden Sie das anpacken, da Sie ja schon in der Regierungsfraktion sind? Ich halte es für dringend notwendig, dass wir Fachkräfte für diesen Sektor akquirieren. Wie stehen Sie dazu?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Bergmüller, zunächst einmal halte ich es tatsächlich für essenziell, die Dinge nicht miteinander zu vermischen. Deshalb war es mir wichtig, das noch einmal zu betonen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir damit weder der einen Masteraufgabe noch der anderen Masteraufgabe am Ende des Tages gerecht werden. Ich glaube, wir würden denjenigen, die als Arbeitskräfte zu uns kommen, einen Bärendienst erweisen, wenn wir das mit Asylfragen vermischen würden. Ich glaube aber auch, dass wir denjenigen Menschen, die mit Asylgrund zu uns kommen und dringend unsere Hilfe brauchen, einen Bärendienst erweisen würden, wenn wir das mit Arbeitskräftezuwanderung vermischen würden. Deshalb ist es der entscheidende Punkt auch für die Beratungen in Berlin, die Themen sauber voneinander abzugrenzen und auf beiden Feldern zu guten Lösungen zu kommen. Ich habe bei den konkreten Anliegen für verschiedene Sektoren den Eindruck, dass es zunächst einmal nötig ist, dass sich der Bundesgesetzgeber jetzt findet. Es ist gut, dass das jetzt auf der Agenda steht, aber es ist noch nicht final gelöst. Wir in Bayern werden unseren Beitrag dazu leisten, das gut umzusetzen, sodass es für unser Land und seine Menschen gangbar ist. Ich erlaube mir schon, noch zu sagen, dass

ich den Eindruck habe – auch durch viele persönliche Fälle aus meinem Stimmkreis –, dass gerade der bayerische Innenminister –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege!

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): – und die bayerischen Ministerien eine hervorragende Arbeit machen, um in Einzelfällen gute Lösungen zu finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Sie haben noch einmal etwas Redezeit. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion

Florian von Brunn (SPD): Lieber Kollege Mehring, Sie sind in Ihrer Argumentation mit den Gastarbeitern wieder in den Fünfziger- und Sechzigerjahren angekommen. Ich dachte, wir hätten das längst überwunden, aber das scheint für die FREIEN WÄHLER nicht zu gelten. Ich will Ihnen einmal etwas sagen – das betrifft sowohl den Bundestagskollegen Adis Ahmetovic, der das neulich in einer Rede deutlich gemacht, als auch meinen Kollegen Arif Taşdelen –: Menschen, die hier sind, um zu arbeiten, müssen jedes Jahr wieder eine neue Aufenthaltserlaubnis beantragen. Sie wissen nicht, wie lange sie bleiben können. Sie leben in Unsicherheit. Sie haben bürokratischen Aufwand. Dank ist schnell gesagt; wenn man aber wirklich etwas für diese Menschen tun will, dann muss man sie einbürgern.

Deswegen sagen wir ganz klar: Wir wollen die Einbürgerungsbedingungen für solche Menschen verbessern und ihnen auch die doppelte Staatsbürgerschaft geben, wenn es nötig ist. Im Übrigen sage ich noch Folgendes: Das Prinzip, das die amerikanische Revolution und die Unabhängigkeit von England ausgelöst hat, lautete: "No taxation without representation". – Wer hier Steuern zahlt, der soll auch hier wählen dürfen. Auch das ist für uns ein Grund, zu sagen: Wir müssen da etwas ändern.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege von Brunn, ich weise den Vergleich mit den Fünfzigerjahren entschieden zurück und meine, er rührt daher, dass Sie mich im Hinblick auf das, was ich zum Ausdruck bringen wollte, missverstanden haben. Wir müssen zwei Dinge voneinander unterscheiden: auf der einen Seite die Motivation für Menschen, in unser Land zu kommen, und auf der anderen Seite die Frage, wie wir auf Dauer damit umgehen, wenn die Menschen in unserem Land sind, sowie Fragen des Staatsangehörigkeitsrechts.

Mir lag am Herzen, zum Ausdruck zu bringen, dass die Motivation für in unseren Arbeitsmarkt zuwandernde Menschen in aller Regel nicht diejenige ist, auf Zeit, schneller, kürzer oder mittelfristig die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das ist nicht der Grund dafür, dass diese Menschen nach Deutschland kommen. Deshalb ist es ein Trugschluss der Ampel zu glauben, dass unser Arbeitsmarkt mit gezielter Arbeitsmarktzuwanderung überschwemmt würde, wenn wir das Staatsangehörigkeitsrecht einfacher machen würden; das halte ich für einen Trugschluss.

Wenn die Menschen dann aber da sind und sich entscheiden, nicht nur als Gast dazuwesen, sondern dauerhaft bei uns zu sein, dann müssen wir es schaffen, Perspektiven aufzuzeigen, wie man Staatsangehöriger werden kann; da bin ich bei Ihnen. Dazu gibt es keinen Dissens, auch nicht bei FREIEN WÄHLERN und CSU und schon gar nicht beim bayerischen Innenminister.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Aber beides zu vermischen, ist Ihr Kardinalfehler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Abgeordnete Uli Henkel von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Irren ist menschlich; ständig irren ist typisch sozialdemokratisch.

(Beifall bei der AfD)

Der vorliegende Antrag ist ein guter Beweis dafür, zeigt er doch, wie viel Unsinn man sowohl in moralischer, politischer und historischer als auch in ökonomischer Hinsicht in einen einzigen Antrag pressen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Wieso? Hat die AfD auch einen Antrag gestellt?)

Lassen Sie mich diese Anhäufung von Selbstverständlichkeiten, irreführenden Halbwahrheiten und blankem Unsinn Schicht für Schicht abtragen. Wir sollen all denjenigen danken, die in den vergangenen rund siebzig Jahren zu uns gekommen sind und so zu unserem Wohlstand beigetragen hätten. – Als SPD würden wir wohl zunächst dem Steuerzahler danken, ohne den die Ampel ihre Wohltaten ja nicht über Millionen Bedürftige aus aller Welt ausgießen und sich dafür auch noch als soziales Gewissen der westlichen Welt feiern lassen könnte.

Selbstverständlich könnte man aber auch den sogenannten Gastarbeitern einen Dank entbieten, würden selbige hier nicht kühl kalkulierend missbraucht, um damit schäbige Tagespolitik zu betreiben. So bleibt mir nichts anderes übrig, als Wasser in den Wein oder gerne auch in den Ayrn zu schütten. Um beim Antragstext zu bleiben: Maßgeblich haben doch die Deutschen selbst zu ihrem Wirtschaftswunder beigetragen. Dem gerne gepflegten Narrativ, die Türken hätten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgebaut, möchte ich insofern eine glasklare Absage erteilen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE) – Zurufe von der SPD)

Besonders würdigen möchte ich in diesem Kontext jedoch die 15 Millionen Vertriebenen aus den Ostgebieten, die alles verloren hatten und sich hier eine neue Heimat aufbauen mussten,

(Unruhe)

ohne freilich dabei so gepampert zu werden, wie das den Geflüchteten der heutigen Tage widerfährt.

Als in den Sechzigerjahren die ersten Türken angeworben wurden – maßgeblich übrigens auf Wunsch der Türkei selbst und auch auf nicht zu geringen Druck durch die USA, die nach dem Abzug der Atomraketen aus der Türkei infolge der Kubakrise gegenüber Ankara noch etwas gutzumachen hatten –, war das deutsche Wirtschaftswunder im Wesentlichen doch längst eingetreten, sprach man in Frankreich schon lange vom "miracle économique allemand",

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist doch Geschichtsklitterung!)

weshalb also doch wohl eher die Südländer und die Türkei Deutschland für die Stabilisierung ihrer Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen zu danken hätten als anders herum.

Die SPD möchte allen Menschen ihren Respekt ausdrücken, die ihre Heimat verlassen und sich in Bayern eine Existenz aufgebaut haben.

(Johannes Becher (GRÜNE): Dass die AfD den Menschen den Respekt nicht erweist, überrascht mich nicht!)

Das kann man machen. Der Respekt der AfD-Fraktion gilt hingegen besonders den Menschen, die eben gerade nicht vor den Problemen zu Hause davongelaufen sind,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Franz, könnt ihr da mitgehen?)

um diese dann zu häufig doch nur in ihren Parallelgesellschaften bei uns zu wiederholen,

(Widerspruch bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

sondern sich stattdessen im Heimatland für den Aufbau demokratischer Strukturen engagieren.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Das sind nämlich die wahren Helden, schaffen sie so einen wertvollen Beitrag für Frieden und Stabilität in der Welt.

(Margit Wild (SPD): Das ist eine Schande!)

Nach Ihrem Prolog der Heuchelei und Geschichtsklitterung kommt die SPD nun endlich bei der Zuwanderungs- und Einbürgerungspolitik der Berliner Ampel an, für die Sie hier und heute ganz offensiv werben.

(Florian von Brunn (SPD): Sie reden wie ein Nazi!)

Die AfD steht ausschließlich für eine Zuwanderung nach kanadischem bzw. australischem Vorbild, aber eine unqualifizierte Zuwanderung, wie sie seit 1990 mehr oder weniger klaglos hingenommen wird, werden wir niemals mittragen.

(Beifall bei der AfD)

Seit Jahren wird unser Land von als Fachkräften getarnten Goldstückchen regelrecht überrannt, weniger unsere Unternehmen – denn die melden aktuell unglaubliche 850.000 offene Stellen – als vielmehr unsere sozialen Netze, wo es sich diese Fachkräfte aus aller Welt und auch viele Deutsche mit Migrationshintergrund

(Florian von Brunn (SPD): Alternative für Nazis – eine Schande für Deutschland!)

nur zu gerne und auch überproportional stark vertreten bequem machen – einfach deshalb, weil wir das zulassen

(Johannes Becher (GRÜNE): Bodenlose Unterstellung!)

und obendrein auch noch alimentieren.

(Johannes Becher (GRÜNE): Bodenlos!)

Der Bayerische Landtag darf nun der Bundesregierung auch bei den für Deutschland so desaströsen Kosten in Sachen Staatsbürgerschaft auf keinen Fall entgegenkommen, im Gegenteil: Von München muss vielmehr das Signal ausgehen, die Anforderungen zur Erlangung unserer Staatsbürgerschaft eher wieder in Richtung Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz zu erschweren,

(Widerspruch bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

statt diese als Ramschware regelrecht zu entwerten;

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Sie rücken immer weiter nach rechts!)

denn die doppelte Staatsbürgerschaft beantragen meist nur diejenigen, die sich das Beste aus zwei Welten gönnen möchten und mit dem so erlangten Wahlrecht ihre Gesellschaftsordnung langfristig dann auch bei uns zu implementieren gedenken.

(Unruhe)

49 Jahre nach dem sogenannten Anwerbestopp sollten wir stattdessen für deutsche Fachkräfte in der Diaspora ein Anwerbeabkommen aufsetzen, wartet dort mittlerweile ein gewaltiges Potenzial, welches aber nicht leicht zu heben sein dürfte, kennen diese Leistungsträger doch den politischen Irrsinn in ihrer ehemaligen Heimat, dem sie ja einst bewusst entronnen sind. – Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Henkel, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste macht der Kollege Karl Straub von der CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Werter Kollege Henkel, ich sitze hier hinten, aber das spielt ja keine Rolle; ich hoffe, dass Sie mich hören können. Bei dieser Rede zeigen Sie das wahre Gesicht der AfD. Diese Rede muss archiviert werden,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

weil Sie hier in Ihrer Rede jetzt einmal ganz klar gezeigt haben, dass es Ihnen überhaupt nicht um die aktuelle Migration geht, sondern dass Sie sogar über Generationen zurückgehen und keinen Respekt haben gegenüber den Leuten, die als Gastarbeiter gemeinsam mit den Deutschen gearbeitet haben, die inzwischen vielfach gerechtfertigt eingebürgert sind und ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft geworden sind. Sie haben in dieser Rede ganz klar gezeigt, dass Sie nicht einmal diese Leute akzeptieren; das betrifft nicht nur die Menschen, die jetzt zu uns kommen – wir haben gewusst, dass Sie das nicht akzeptieren –, aber Sie gehen ja über Generationen zurück. Das finde ich beschämend. Ich frage Sie, weil ich immer eine Frage mit der Intervention verbinden muss: Haben Sie diese Rede wirklich ernst gemeint? – Falls ja, dann muss man sie ins Archiv tun. Man muss sie dann auch allen Leuten in Deutschland zeigen, weil mit Ihrer Rede das wahre Gesicht der AfD gezeigt wurde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Gegenruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Uli Henkel (AfD): Herr Kollege Straub, ich konzedere gerne: Wenn ich mehr Zeit gehabt hätte, dann hätte ich diesen Anteil des Dringlichkeitsantrags noch ausführlicher und sicherlich auch wohlwollender behandelt. Der Punkt aber ist der: Diese Anträge, die wir ständig in den Landtag reinbekommen, gehen immer in die Richtung, dass etwas geschönt wird, was nicht so schön ist. Ich erstelle jährlich die Kriminalstatistik aus den offiziellen Unterlagen des Innenministeriums. Wenn ich sehe, wer alles in unseren Gefängnissen einsitzt, zeigt mir das, dass wir viel vorsichtiger sein müssen.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind alles rechtsradikale Straftäter und Reichsbürger!)

Jetzt soll wieder die Büchse der Pandora geöffnet werden; es soll die Einbürgerung für jeden möglich sein.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Wer eingebürgert wurde, hat das Wahlrecht. Wer das Wahlrecht hat, wird Gesetze in diesem Land ändern. Wer in diesem Land Gesetze ändern kann, wird die Gesellschaftsordnung in diesem Land ändern. Das ist etwas, was wir nicht wollen können! Das ist unmöglich!

(Hep Monatzeder (GRÜNE): Übel!)

Herr Straub, deshalb antworte ich Ihnen: Ich schätze Sie, aber leider konnte ich nicht all das sagen, was ich sagen wollte. Deshalb musste ich mich auf die Kernpunkte konzentrieren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Cemal Bozoğlu (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Arif Taşdelen von der SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Henkel, Sie haben mit Ihrer Rede noch einmal deutlich gemacht, dass Sie und Ihre Kollegen hier im Plenum rechts außen eine Schande für dieses Hohe Haus sind.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER – Margit Wild (SPD): Jawohl!)

Sogar in der Vorweihnachtszeit machen Sie mit Ihrer Hetze und Ihrem Hass weiter. Schämen Sie sich!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER)

Uli Henkel (AfD): Herr Taşdelen, ich habe diesen Dringlichkeitsantrag nicht in der Vorweihnachtszeit eingereicht. Deshalb sollten Sie nicht den Redner, der auf ihn antwortet, dafür schelten. Sie haben ihn eingereicht!

(Florian von Brunn (SPD): Sie sind dafür verantwortlich, was Sie hier erklären! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Ich kann nicht in der Weihnachtszeit mit Watte vor dem Mund reden. Das ist das Erste.

(Florian von Brunn (SPD): Mal das Hirn einschalten!)

Zweitens erinnere ich an unsere Veranstaltung, die wir im Landtag zum Anwerbeabkommen hatten. Damals habe ich mit einer wunderbaren älteren Dame gesprochen, die hier in Deutschland total integriert ist. Natürlich ist sie eine Kemalistin. Natürlich ist sie eine unreligiöse Frau. Wunderbar, alles kein Thema.

(Florian von Brunn (SPD): Sie ist wahrscheinlich demokratischer, als es die AfD je sein wird!)

Ich gehöre übrigens dieser Generation im Landtag an. Ich bin mit meinem Großvater ans Gleis 11 am Hauptbahnhof gegangen. Wir haben uns dort die Gäste angeschaut, die angekommen sind.

(Unruhe)

Ich habe das alles miterlebt, wie unser Land dann immer weiter den Bach hinuntergegangen ist.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Es ist interessant, dass Sie überhaupt gekommen sind! – Florian von Brunn (SPD): Setzen, Sechs! – Margit Wild (SPD): Unglaublich!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Henkel, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Ich darf an dieser Stelle bekannt geben, dass die SPD-Fraktion zu diesem Dringlich-

keitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Ich erteile dem Kollegen Martin Hagen für die FDP-Fraktion das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Henkel, Sigmund Freud hätte an Ihrer Rede seine Freude gehabt, weil Ihnen, als Sie über das Staatsbürgerschaftsrecht gesprochen haben, etwas herausgerutscht ist, was, glaube ich, sehr tief in Ihr Inneres blicken lässt. Sie sprachen nämlich nicht vom Staatsbürgerschaftsrecht, sondern Sie sprachen vom – ich zitiere – Reichs- und Staatsbürgerschaftsrecht.

(Zuruf: Genau! – Ulrich Singer (AfD): Er hat von einem Gesetz gesprochen! Das Gesetz heißt so!)

Das "Staats- und das Reichsbürgerschaftsrecht"! Dieser Versprecher, oder was auch immer es war, zeigt, womit wir es auf Ihrer Seite und mit Ihrer Fraktion zu tun haben.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Herr Kollege Mehring, zu Ihrer Einlassung über die Gastarbeiter, sie kommen nicht, um zu bleiben, sondern sie kommen, um hier ein bisschen zu arbeiten: Das ist ein Missverständnis, das uns viele der Integrationsprobleme beschert hat. Das ist ein Missverständnis, mit dem wir viel zu spät aufgeräumt haben. Dazu haben Sie sich ja schon geäußert.

Sie haben aber auch sonst in Ihrer Rede nur Pappkameraden aufgestellt, um Sie dann effekthascherisch niederzukuñpeln. Wenn Sie davon sprechen, dass die Staatsbürgerschaft nicht am Anfang, sondern am Ende der Integration stehen muss, dann ist das ein Satz, für den Sie hier Applaus bekommen. Das ist aber auch ein Satz, mit dem Sie niemandem in diesem Hause widersprechen.

Wenn Sie sich die Pläne der Bundesregierung zur Staatsbürgerschaft anschauen, dann sehen Sie, was die Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsbür-

gerschaft sind, nämlich dass man hier seinen Lebensunterhalt bestreitet, dass man Deutschkenntnisse hat, dass man sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt, dass man schon eine bestimmte Zeit lang hier legal lebt. Das heißt, die Staatsbürgerschaft steht nicht am Anfang der Integration. So soll es auch nicht werden. Insofern gibt es auch keinen Dissens, den Sie aber künstlich aufbauen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Dem Kollegen Straub möchte ich sagen: Ich war sehr froh, zu hören – weil wir uns schon öfter über dieses Thema in diesem Hohen Haus ausgetauscht haben –, dass Sie bezüglich des Chancen-Aufenthaltsrechts deutlich konziliantere Töne anschlagen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Straub (CSU))

Sie haben ja heute auch die positiven Aspekte betont und gesagt, dass man auf jeden Fall über dieses Gesetz sprechen und verhandeln kann. Das freut mich, weil das ja auch schon einmal anders klang.

Es ist eine Tatsache, dass wir mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht für einen beschränkten Personenkreis von knapp 140.000 Menschen, die seit vielen Jahren in diesem Land leben, Probleme lösen. Es gibt Probleme, die zu lösen der Vorgängerregierung nicht gelungen ist. Es ist gut, dass die Ampel die Lösung dieser Probleme jetzt endlich angeht. Das geschieht zum Wohle der Menschen, um die es geht. Das geschieht aber auch zum Wohle der deutschen Gesellschaft und insgesamt zum Wohle des deutschen Arbeitsmarktes.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, der deutsche Arbeitsmarkt hat einen massiven Bedarf an Fachkräften und darüber hinaus ganz generell einen großen Bedarf an Arbeitskräften jeglicher Qualifikation. Vor diesem Hintergrund ist es klar, dass Deutschland ein Einwanderungsland sein muss, und zwar noch stärker als bisher. Das Problem hat das "Wall Street Journal" in der vergangenen Woche thematisiert. Das "Wall Street Jour-

nal" hat vom Paradoxon der deutschen Migrationspolitik gesprochen, dass wir in Deutschland einerseits einen großen Arbeitskräftemangel haben und viele Arbeitskräfte fehlen, wir aber andererseits sehr viele Migranten in Deutschland haben, die es nicht schaffen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das heißt, wir haben in Deutschland das Problem, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu wenige Menschen ins Land gekommen sind, die das Potenzial haben, auf dem deutschen Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Gleichzeitig sind zu viele Menschen ins Land gekommen, die auf legalem oder halblegalem Weg oder im Zuge des Asylsystems nach Deutschland kommen und dann hier nicht auf der Beitragszahlerseite, sondern auf der Nehmerseite des Sozialsystems landen. Das ist ein Problem, das wir lösen müssen.

Auch das ist ein Problem, das die Vorgängerregierung, die CDU-geführte Regierung, in 16 Jahren nicht zu lösen geschafft hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen es schaffen – und das geht die Bundesregierung durch das Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild jetzt an –, dass mehr Menschen nach Deutschland einwandern, um mit ihrer Hände Arbeit zum Wohlstand beizutragen. Wir müssen es aber auch gleichzeitig schaffen, dass wir die illegale Migration nach Deutschland begrenzen, und zwar stärker, als das in den letzten Jahren und Jahrzehnten der Fall war.

Des Weiteren müssen wir es schaffen, dass Deutschland für Menschen, die hier zum Wohlstand beitragen wollen, als Einwanderungsland attraktiv wird. Ein Land ist dann attraktiv, wenn es attraktive Steuersätze hat, wenn es eine bezahlbare Energieversorgung hat. Das ist auch der Grund, weshalb wir uns innerhalb der Bundesregierung klar gegen Pläne für höhere Spitzensteuersätze, Solidaritätszuschläge oder Ähnliches einsetzen. Die Menschen, die es sich aussuchen können, wo sie arbeiten, kommen nicht in ein Land, in dem sie das Gefühl haben, geschröpft zu werden.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Hagen, es gibt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Uli Henkel von der AfD.

Uli Henkel (AfD): Herr Hagen, ich lasse mich gerne belehren. Ich lasse mich auch gerne tadeln. Aber diese Belehrung bzw. dieser Tadel sollten dann auch qualifiziert sein. Sie haben sich soeben selber als jemand demaskiert, der sich offensichtlich nicht wirklich auskennt, weil Sie mich nämlich rügen, weil ich von Reichs-Irgendwas geredet hätte. Das Gesetz, das ich zitiert habe, galt bis zum 1. Januar 2000. Es heißt "RuStAG", "Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz". Ich bin Volljurist. Ich bin unter diesem Gesetz aufgewachsen und habe dieses Gesetz zitiert. Ich habe gesagt, dass ich dafür plädiere, dass wir eher wieder in Richtung RuStAG gehen, als dass wir das, was wir jetzt schon im Staatsbürgerschaftsrecht an Aufweichungen haben, noch weiter aufweichen.

Also, wenn Sie mich das nächste Mal kritisieren, dann tun Sie das bitte mit Bildung, Hintergrund und Wissen und nicht einfach nur so mit Vorwürfen ins Blaue hinein und nicht pauschal uns in die rechte Ecke rückend. Das macht Ihnen meistens Spaß. Meistens treffen Sie ja auch. Diesmal haben Sie aber danebengeschossen.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Das Gesetz stammt von 1913!)

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Henkel, Sie haben es ja selber gesagt: Das Gesetz heißt seit mittlerweile 22 Jahren nicht mehr "Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz", sondern "Staatsangehörigkeitsgesetz". Dass Ihnen aber das Thema Reichsbürger momentan so präsent ist, dafür gibt es einen Grund, und den kennen wir alle.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Christian Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nach den Wünschen der SPD soll künftig mehr oder weniger allen Menschen mit einem dauerhaften Aufenthaltsrecht hier in Deutschland möglichst schnell und möglichst einfach der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eröffnet werden. Wer zum Stichtag 31. Oktober 2022 fünf Jahre im Land lebt und nicht straffällig geworden ist, soll 18 Monate Zeit bekommen, um die Voraussetzungen für einen langfristigen Aufenthalt zu erfüllen. Dazu gehören Deutschkenntnisse und die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts. Das ist sozusagen eine Staatsbürgerschaft zum Schleuderpreis.

(Arif Taşdelen (SPD): Das hat doch mit Staatsbürgerschaft nichts zu tun!)

Denn der Erwerb einer Staatsangehörigkeit kann grundsätzlich immer nur das Ergebnis eines längerfristigen erfolgreichen Integrationsprozesses sein und keine Banalität. Nicht straffällig geworden zu sein, künftig nach dem Willen der Ampel nur noch abgespeckte Deutschkenntnisse nachweisen zu müssen und seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können, ist hierfür definitiv zu wenig.

(Arif Taşdelen (SPD): Auch das stimmt nicht!)

Zum Erwerb einer Staatsbürgerschaft gehört auch ein klares und eindeutiges Bekenntnis zu Deutschland und seinen demokratischen und gesellschaftlichen Werten sowie auch das Aufgeben der bisherigen Staatsangehörigkeit, da Mehrstaatigkeit durchaus reale Risiken für spätere Loyalitätskonflikte mit sich bringt. Dass nicht automatisch jeder, der seit einigen Jahren hier lebt, nicht straffällig wurde, Deutsch spricht und seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, für Deutschland und seine Werte stehen muss, zeigten beispielsweise die vor wenigen Jahren durchgeführten Pro-Erdogan-Kundgebungen mit Zehntausenden Teilnehmern recht anschaulich. Ein Aufweichen der bisherigen Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist daher strikt abzulehnen.

Zahlreiche Migranten haben seit der Zeit des von der SPD plakativ hervorgehobenen Wirtschaftswunders neben Erwerbstätigkeit und Spracherwerb ein klares Bekenntnis zu unserer Kultur, unserer Geschichte und zur Demokratie abgelegt und sich hierdurch die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Dies zeigt: Wem unser Land am Herzen liegt und wer sich wirklich mit allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten für Deutschland entscheidet, der kann durchaus auch die bisherigen Anforderungen an den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erfüllen. Ich lehne daher den Dringlichkeitsantrag der SPD ab.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun für die Staatsregierung Herr Staatsminister Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ziemlich genau einem Jahr haben wir hier im Landtag auf meine Einladung hin "60 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen" gefeiert. Das heutige Deutschland ist schlicht nicht vorstellbar ohne die vielen Frauen und Männer, die als sogenannte Gastarbeiter in die Bundesrepublik Deutschland und zum Teil auch als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen sind. Diese Frauen und Männer, ihre Nachkommen und ihre großartigen Lebensleistungen sind aus unserem Land nicht wegzudenken. Es ist ein Zeichen der positiven Entwicklung, dass wir mit Ihnen, lieber Kollege Taşdelen, die nächste Generation von Familien, die als Gastarbeiter in unser Land gekommen sind, in diesem Hohen Hause haben. Das gilt auch für Sie, liebe Frau Kollegin Demirel, und auch für meine geschätzte Kabinettskollegin Michaela Kaniber, deren Eltern als Gastarbeiter aus Jugoslawien hierhergekommen sind und die heute Mitglied der Bayerischen Staatsregierung ist. Bei dieser Gelegenheit möchte ich von dieser Stelle aus an Michaela Kaniber alle guten Wünsche für eine gute Besserung nach ihrem schweren Unfall richten.

(Allgemeiner Beifall)

Ja, ich kann all diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nur herzlich danken. Sie haben unser aller Anerkennung. Deshalb sind der erste Absatz und der zweite Absatz des Dringlichkeitsantrags der SPD völlig okay. Die Debatte heute macht jedoch deutlich, dass es der SPD mit diesem Dringlichkeitsantrag gar nicht um diese ersten beiden Absätze geht. Vielmehr geht es darum, unter dem Deckmantel vergangener Erfolge – diese Anwerbeabkommen der Fünfziger- und Sechzigerjahre sind unter der Regierungsverantwortung von CDU/CSU und FDP beschlossen worden – die verfehlte Integrations- und Migrationspolitik der derzeitigen Bundesregierung zu rechtfertigen.

(Florian von Brunn (SPD): Aus der Geschichte lernen!)

Wie sieht es im Moment aus? – Da gibt es das von Ihnen gepriesene Chancen-Aufenthaltsrecht, das morgen im Bundesrat behandelt wird. Wir müssen es den Menschen in Erinnerung rufen, dass es dabei fast ausschließlich um Personen geht, die mit einem Asylantrag oder auf andere Weise nach Deutschland gekommen sind und deren Asylanträge abgelehnt wurden. Bei denen, die anerkannt wurden, ist es völlig unstrittig, dass sie jede Arbeit aufnehmen dürfen und dass sie bestmöglich integriert werden. Bei den neuen Regelungen sprechen wir nur über diejenigen Personen, die von einer Bundesbehörde abgelehnt worden sind. Fast alle erheben dagegen Klage. Dann hat ein unabhängiges deutsches Gericht entschieden, dass der Antrag in der Tat unzulässig ist und abgelehnt wird.

Sie sprechen nur über die Personen, die in einem rechtsstaatlichen Verfahren, das es in keinem anderen Land der Welt so gibt, abgelehnt worden sind und die nach Ihrer Auffassung trotzdem dableiben sollen. Ich kann den Gedankengang ja noch nachvollziehen, dass geprüft werden sollte, wer von diesen Personen dringend für den Arbeitsmarkt gebraucht wird. Das Verfahren dieses Gesetzes beginnt aber damit, dass der Rechtsanspruch auf die deutsche Sozialhilfe gewährt wird, noch bevor die betreffende Person nur einen Tag nach einem Arbeitsplatz gesucht hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das ist völlig irre!)

Wir könnten darüber reden, eine Person, die wir dringend brauchen, in den deutschen Arbeitsmarkt zu bringen. Damit beginnt Ihr Gesetz aber nicht. Ihr Gesetz beginnt damit, dass die Leute vom ersten Tag an Anspruch auf die deutsche Sozialhilfe bekommen sollen. Ob diese Person dann jemals einen Arbeitsplatz bekommt, das steht in den Sternen. Meine Damen und Herren, das ist ein völlig verkehrter Ansatz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Arif Taşdelen (SPD): Das stimmt doch alles nicht! – Thomas Kreuzer (CSU): Sie kennen Ihr eigenes Gesetz nicht! – Alexander König (CSU): Herr Taşdelen ist ein Populist und hat keine Ahnung!)

– Doch, das steht genau so in Ihrem Gesetz. – Die Beschleunigung von Asylverfahren ist sicherlich ein guter Ansatz. Wir wollen Verfahren beschleunigen. Was soll geschehen? – Es sollen zusätzliche Rechtsmittel für Berufung und Revision geschaffen werden. In der offiziellen Begründung des Bundesinnenministeriums zu diesem Gesetzesentwurf heißt es: Die Einführung weiterer Rechtsmittel wird die Verfahren zwar zunächst verlangsamen, perspektivisch kann die Vereinheitlichung der Rechtsprechung jedoch zu einer Beschleunigung der Gerichtsverfahren führen.

Die Mehrzahl der Fachleute aus der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit bestreitet das nachdrücklich und erklärt das Endergebnis: Die Verfahren werden alle länger dauern. Die Leute werden, nachdem sie das erste Mal und das zweite Mal abgelehnt wurden, eine weitere Runde drehen, noch mehr Richter beschäftigen, und am Ergebnis wird sich nichts ändern. Wir werden das aber erst in drei bis fünf Jahren beweisen können. Das ist keine Beschleunigung. Im Gegenteil: Alles wird noch viel länger dauern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Irre!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mal abgesehen von dem Flügel da drüben ist sich der Rest des Hohen Hauses sicherlich einig: Wir brauchen dringend mehr Fachkräfte in unserem Land. Wir brauchen eine qualifizierte Einwanderung. Lieber Herr von Brunn, ich kann Ihnen nur dringend raten, sich weiterhin mit den Fakten zu beschäftigen.

(Florian von Brunn (SPD): Deswegen haben wir den Dringlichkeitsantrag gestellt, Herr Minister!)

– Ja. Sie sprechen hier von Willkommenskultur. Wunderbar! Welches deutsche Bundesland hatte in den letzten dreißig Jahren mehr qualifizierte Zuwanderung als der Freistaat Bayern? – Kein einziges. Wir sind Spitzenreiter bei der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist Bundesland Nummer eins in der Zuwanderung! Hier können Sie alle Statistiken drehen und wenden, wie Sie wollen. Kein anderes Bundesland hat in den letzten dreißig Jahren mehr qualifizierte Zuwanderung als der Freistaat Bayern gehabt. Bei uns herrscht die Willkommenskultur.

(Florian von Brunn (SPD): Das hat mit Ihnen nichts zu tun!)

– Ich weiß, wenn es nach Ihrer Ideologie geht, sind sie alle trotzdem gegen den Willen der CSU nach Bayern gekommen! So gescheit sind Sie, Herr von Brunn.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Glück, dass Ihnen dies keiner der Einwanderer glaubt. Sie fühlen sich wohl im Freistaat Bayern, und das ist gut so, und wir sind dankbar dafür, dass Sie hier mitarbeiten und zum Erfolg des Freistaates Bayern beitragen, weil sie alle nicht auf Ihr Gerede hereinfallen. – Genauso sieht es aus, wenn Sie die Arbeitslosenstatistik ansehen. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger hat

der Freistaat Bayern. In jedem anderen Bundesland, insbesondere in jedem Bundesland, in dem die SPD regiert, sind die Arbeitslosenzahlen für Ausländer höher als in Bayern, meine Damen und Herren! Das ist die Realität.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen aktiv die Gleichberechtigung von Frauen voranbringen.

(Florian von Brunn (SPD): Wie denn?)

Darum ist es ein sehr starkes Zeichen, meine Damen und Herren, dass die ausländischen Frauen in Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer haben. In jedem anderen Bundesland ist die Arbeitslosenquote ausländischer Frauen deutlich höher als in Bayern. Das ist die Realität. Sie machen Sprüche in Berlin, Bremen und anderswo, aber die Realität ist die: Bei uns funktioniert die Integration in den Arbeitsmarkt wesentlich besser.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In anderen Bundesländern läuft die Zuwanderung in die Sozialsysteme, wir integrieren in den Arbeitsmarkt. Das ist der Unterschied, Herr Kollege von Brunn.

(Florian von Brunn (SPD): Das hat aber mit Ihrer Innenpolitik gar nichts zu tun!)

Das sollten Sie sich, bevor Sie weiter solche Sprüche verbreiten, noch einmal sehr genau ansehen.

(Zurufe: Jawohl! Bravo! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die letzte Bemerkung, um hier den Kreis zu schließen: Wenn wir uns heute an die qualifizierte Zuwanderung, zum Beispiel durch die Anwerbeabkommen in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, erinnern,

(Florian von Brunn (SPD): Da hat die Union die Integration versucht!)

gab es damals klare rechtliche Vorgaben. Diese Männer und Frauen sind zu den jeweiligen deutschen Vertretungen in den Ländern – ob das die Türkei, Italien oder Jugoslawien war, es gab noch nicht die Freizügigkeit in der EU – gegangen und haben dort ihr Visum und ihren Stempel mit der entsprechenden Arbeitsgenehmigung für Deutschland erhalten. Wie sieht denn die Realität aus, wenn heute in den Nachfolgestaaten, beispielsweise in Mazedonien, einer, der hier in Bayern dringend gebraucht wird, sagt, ich möchte ein Arbeitsvisum bei der deutschen Botschaft beantragen?

(Zurufe: Ah! – Tobias Reiß (CSU): Das dauert mindestens ein Jahr!)

Da erfährt jeder, auch jeder deutsche Arbeitgeber im Moment, dass die Wartezeit bei den deutschen Botschaften, zum Beispiel auf dem Balkan, zwischen sechs und zwölf Monaten beträgt.

(Florian von Brunn (SPD): Ich sage nur: Berufsankennung in Bayern!)

Das ist ganz normal. Wer ist jetzt – mit Verlaub – Außenministerin? Wer ist denn für die deutschen Botschaften im Ausland zuständig?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das war doch Herr Maaßen!)

Ich habe kürzlich einen Beschwerdebrief oder eine freundliche Zuschrift des Präsidenten der Universität Bayreuth erhalten mit der Information, dass sie dort dringend auf einen Studenten oder Wissenschaftler aus Nigeria warten, und der Frage, warum das Verfahren nicht vorangehe. Ich habe das dann durch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überprüfen lassen. Die Antwort lautete: Von uns aus kein Problem. Die Universität hat bestätigt, sie braucht den Mann. Er soll kommen. Alles ist geklärt. Dann haben meine Leute bei der Botschaft in Lagos in Nigeria nachgefragt. Antwort der Botschaft im August: Bei uns muss jemand, der im Moment ein Visum für Deutschland haben will, knapp ein Jahr warten. Entsprechend ist das halt so.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine Damen und Herren, das ist genau der Unsinn, den Sie machen! Jemand, der den legalen Weg wählt, wie er in unserer Rechtsordnung vorgesehen ist, nämlich zu einer deutschen Botschaft zu gehen und ein Visum für Deutschland zu beantragen, muss darauf unter der Verantwortung Ihrer Bundesaußenministerin sechs bis zwölf Monate warten,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

aber diejenigen, die sich illegal in unserem Land aufhalten, wollen Sie jetzt alle per Gesetz zum Sozialbezug berechtigen, meine Damen und Herren. Das ist keine Politik, um die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte voranzubringen! Deshalb bitte ich darum, diesen Antrag abzulehnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste kommt von Frau Kollegin Gülseren Demirel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Minister, drei Punkte, weil ich nicht so viel Zeit habe – eigentlich gibt es viel zu sagen –:

(Zurufe: Oh!)

Erster Punkt, Ihr Narrativ, wir wollten alle in die Sozialsysteme einladen: Das Chancen-Aufenthaltsrecht regelt das Problem bei Menschen, die hier schon seit Jahren mit Duldung leben und Sozialhilfe beziehen müssen,

(Florian von Brunn (SPD): Das ist der Unterschied zwischen Sachlichkeit und Rechtspopulismus!)

weil sie nicht arbeiten dürfen. Wir geben ihnen mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht die Möglichkeit, hier zu arbeiten, damit sie aus der Sozialhilfe herauskommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Punkt, dass Sie die Frauen so toll in den Arbeitsmarkt integrieren: Die Arbeitsagentur Bayern und das Ifo-Institut sagen sehr deutlich, dass die Integration in den Arbeitsmarkt bei Frauen nicht funktioniert, weil es keine Deutschkurse mit Kinderbetreuung gibt. Das sind bayerische Institutionen und keine grünen!

(Florian von Brunn (SPD): Kehren Sie einmal vor Ihrer eigenen Tür! Dort liegt ein ganzer Haufen Dreck!)

Zum Visa-Verfahren: Wer hat denn 16 Jahre lang die Regierung in Berlin gestellt?

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Personalmangel war schon immer ein Thema. Die neue Bundesregierung hat bei der letzten Haushaltsberatung Personal zugeschaltet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit, Frau Demirel!

Gülseren Demirel (GRÜNE): Wir hatten jahrelang in Pakistan, das in der Visaabteilung auch für Afghanistan zuständig ist, drei Leute.

(Das Mikrofon der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) wird abgeschaltet.
– Unruhe – Zurufe – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Immer Unterschiede, immer das Gleiche! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Falsche Tatsachen! – Zuruf: Geht ja gar nicht! – Zurufe: Redezeit! – Alexander König (CSU): Oder haben wir hier keine Sitzungsleitung mehr?)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr König, halten Sie sich einmal zurück! Ich habe das Mikrofon abgestellt und gesagt, dass die Redezeit beendet ist.

(Alexander König (CSU): Das haben wir nicht gehört! – Florian von Brunn (SPD): Nicht so laut schreien!)

Herr Innenminister hat das Wort. Wenn Sie nichts hören, ist das Ihr Problem. Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Ulrich Singer (AfD): Es ist Ihre Aufgabe, für Ruhe zu sorgen!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Kollegin Demirel, das ist ja alles schön und gut, was Sie da erzählen. Aber erstens sind sich Bund und Länder darüber einig, dass die Zuständigkeit für Deutschkurse zur Integration in den deutschen Arbeitsmarkt beim Bund liegt, vorrangig beim BAMF und bei anderen.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

– Doch, das ist so. – Zweitens haben Sie – das können Sie drehen und wenden, wie Sie wollen – im Übrigen das Problem in Ihrer Koalition in Berlin gehabt, dass die Mittel für die Integration in Deutschland nach dem Regierungsentwurf der Bundesregierung für den Haushalt 2023 gekürzt worden wären. Nur dank der Korrektur durch den Deutschen Bundestag in den Beratungen der Ausschüsse ist jetzt wenigstens das Niveau dieses Jahres für die Integrationsmittel aufrechterhalten worden.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ja, diese Ampelkoalition hat einen Haushaltsentwurf eingebracht, der die Mittel für die Integration für das kommende Jahr gekürzt hätte, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das muss man sich mal vorstellen! Das ist ein krasser Widerspruch zwischen dem Eindruck, den Sie dauernd in der Öffentlichkeit erwecken wollen, und dem, was diese Bundesregierung da Großartiges in Berlin veranstaltet. Im Übrigen kann ich nur dabei bleiben, egal wie Sie das betrachten, auch mit Integration und dergleichen: Das Ergebnis ist jedenfalls, dass in Bayern – darum hab ich Ihnen das gesagt – eben weni-

ger ausländische Frauen arbeitslos sind als in den anderen Ländern. Ich habe ja nichts dagegen, wenn Sie Vorschläge einbringen, wie wir das in Bayern noch besser machen. Aber Sie sollten sich ein bisschen darum bemühen, dass wenigstens die anderen ein bisschen hinterherkommen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Entschuldigung, das muss ich schon auch im Hinblick auf die Verantwortung des Herrn Kollegen Finanzminister sagen: Ergebnis ist nämlich, dass wir über den Länderfinanzausgleich ständig mitfinanzieren müssen, dass in anderen Bundesländern so viele Leute von der Sozialhilfe leben müssen, meine Damen und Herren. Kümmern Sie sich mal darum!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort zu einer Zwischenbemerkung hat nun der Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Staatsminister, ich würde die Debatte um das Chancenaufenthaltsrecht gerne versachlichen und Ihre Meinung dazu wissen. Das Chancenaufenthaltsrecht betrifft ja einen beschränkten Kreis von knapp 140.000 Personen, die seit mindestens sechs Jahren geduldet hier in Deutschland leben, sechs Jahre übrigens, in denen vier Jahre lang die CSU das Innenministerium geführt hat. Es geht also um Menschen, die hier nicht als Asylbewerber anerkannt sind, die aber seit mindestens sechs Jahren aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen auch nicht abgeschoben werden konnten. Die Ampel möchte diesen Menschen jetzt befristet für ein Jahr die Chance geben, sich in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu beweisen, um dann einen regulären Aufenthaltsstatus zu bekommen.

Was wäre denn Ihre Alternative dazu? Wollen Sie diesen Status beibehalten? In den letzten sechs Jahren hat es nicht geklappt, dass diese Leute rückgeführt werden

konnten. Wollen Sie diesen Status beliebig verlängern? Oder was ist Ihre Alternative zum Chancen-Aufenthaltsrecht für diese 140.000 Personen?

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Lieber Herr Kollege, die Realität ist, dass die Zahlen, von denen Sie sprechen, ja nicht statisch sind, sondern dass wir auch in den letzten Jahren jedes Jahr immer wieder Personen auch in einen dauerhaften Aufenthalt überführt haben, wenn die entsprechenden Bedingungen mit qualifizierter Beschäftigung etc. vorlagen. Einer der wesentlichen Punkte ist allerdings immer die Klärung der Identität. Dass dieser Gesetzentwurf das offenhält, nämlich ausdrücklich ermöglicht, dass auch Leute, deren Identität nach wie vor nicht geklärt wird, trotzdem in die deutsche Sozialhilfe und den deutschen Arbeitsmarkt gebracht werden können, Entschuldigung, das kann ich nicht nachvollziehen.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Das Mindeste, meine Damen und Herren, ist, dass wir bei jemandem, der sich auf Dauer und nicht mehr als Flüchtling in unserem Land aufhalten will, Klarheit über die Identität haben und dass derjenige selbst dazu beiträgt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wir führen sie in namentlicher Form durch. Dauer der Abstimmung: drei Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 10:13 bis 10:16 Uhr)

Konnten alle Kolleginnen und Kollegen abstimmen? – Das ist so. Dann ist die Abstimmung beendet. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vor dem nächsten Redner gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kein Wirtschaftswunder ohne ‚Gastarbeiter‘ – kein zukünftiger Wohlstand ohne Zuwanderung von Fachkräften!", Drucksache 18/25681, bekannt. Mit Ja haben 48, mit Nein 83 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Tasdelen, Ruth Müller u. a. und Fraktion SPD; Kein Wirtschaftswunder ohne "Gastarbeiter" - kein zukünftiger Wohlstand ohne Zuwanderung von Fachkräften! (Drucksache 18/25681)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun			
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			X
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblauch Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Köhler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter			
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	48	83	1